



Ersterfassungsdatum: 05.06.2018

CDU-Fraktion und SPD-Fraktion

Beschlussvorlage	Drucksachen-Nr.: DS-98/2018	
Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel	19.06.2018	

Titel:

Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Bruchköbels Straßen sind für alle da – Alternative zu Straßenbeiträgen

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die in Bruchköbel gültige Straßenbeitragssatzung durch die kürzlichen Änderungen der Rechtsgrundlagen im Hessischen Landtag außer Kraft gesetzt werden kann. Hierbei ist zu prüfen, durch welche alternativen Straßensanierungen finanziert werden können.

Begründung:

Die grundhafte Erneuerung von Straßen innerhalb Bruchköbels sind zum Erhalt einer moderneren Infrastruktur notwendig. Damit gehen Kosten einher, die bisher auch von den anliegenden Grundstückseigentümern zu leisten sind. Bruchköbeler Bürgerinnen und Bürger können gemäß der aktuell geltenden Straßenbeitragssatzung mit bis zu 75 Prozent der umlagefähigen Kosten belastet werden. Zahlungsverpflichtungen in Höhe mehrerer tausend Euro sind die Folge.

Nun hat der Hessische Landtag eine Änderung der Rechtsgrundlagen (Hessischen Gemeindeordnung und Gesetz über kommunale Abgaben) beschlossen. Die bislang gültige Rechtspflicht zur Erhebung von Straßenbeiträgen entfällt.

Den Kommunen obliegt es, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nach eigenem Ermessen zu regeln, wie sie zukünftig den Aufwand für die Erneuerung von Stadtstraßen finanzieren will.

Aus diesem Grund soll geprüft werden, ob durch die nunmehr erfolgten Gesetzesänderungen für die Stadt Bruchköbel nicht die Abschaffung der Straßenbeitragssatzung zweckdienlich ist. Im Rahmen der Haushaltssicherung ist ein Alternativfinanzierung vorzulegen.

Anlage(n):

1. 98-2018_CDU_SPD_Straßenbeiträge